

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/71

Bonn, den 11. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Die ganze Menschheit angesprochen ----- Zur Friedenszyklika des Papstes Johannes XXIII. Von Peter Kellen, MdB	107
3	"Westdeutschlands Tage Erlander" ----- Ollenhauer und Wehner in Skandinavien	32
4	Disziplinarverfahren nur gegen Saevecke? ----- Verfahren gegen Mitwisser und Auftraggeber von heute notwendig! Von Senator Dr. Adolf Arndt, MdB, Berlin	29
5	Eadel für die AdK ----- ... diesmal von der CSU	32
6	Wölkerwanderung in der Bundesrepublik ----- Eine aufschlussreiche Untersuchung der GEWO BAG	38
7 - 8	Moskaus neuartiges Interesse für Westberlin ----- Unzufriedenheit mit der Ostberliner Berichterstattung Von Eberhard Zachmann, Berlin	66

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die ganze Menschheit angesprochen

Zur Friedenszyklika Papst Johannes XXIII.

Von Peter Neilen, MdB

Die volle Bedeutung und den entscheidenden Ernst der Friedenszyklika Johannes XXIII. versteht man nur dann richtig, wenn man erkennt, daß sie sich an die gesamte Menschheitsfamilie wendet. Der Papst spricht nicht nur zu den weit über 300 Millionen Katholiken des Erdkreises, erst recht nicht nur zu den Bischöfen und Priestern der katholischen Kirche. Damit ist unsere eine, ungeteilte, aber doch in Blöcke gespaltene Welt als grundlegende Tatsache der heutigen Weltstunde erkannt und auf einzigartige Weise ernst genommen.

Alle Menschen guten Willens sind angesprochen. Über alle Trennungen nach Religion, Weltanschauung, gesellschaftlichen und politischen Systemen ist der Mensch in seinen berechtigten Hoffnungen und Ansprüchen auf Frieden als einziger Sicherung unserer Zukunft in den Mittelpunkt der Sorge gerückt. Er steht im Licht eines realistischen Optimismus, der es nicht wahrhaben kann, darf und will, daß die Ausrottung des Lebens und die Vernichtung aller Kultur ein unabwendbares Schicksal unseres atomaren Zeitalters sein müsse. An einem Wendepunkt zu unverstellbarer Vernichtung oder großartiger gesamtgesellschaftlicher Weiterentwicklung kann nur der Friede als sinnvolle Forderung und Aufgabe proklamiert werden. Diese "Proklamation" ist umso verbindlicher, als sie die volle Wirklichkeit aller weltanschaulichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse realistisch in allen entscheidenden Einzelheiten feststellt und ausspricht. Nur davon ist Heilung und Rettung, Befreiung von Furcht und Schrecken zu erwarten. Nur so können wir zurücktreten vom Rande eines alles verschlingenden Abgrundes.

Der Papst weiß sich über den katholischen Glauben und über allgemein christliche Überzeugungen hinaus mit den letzten Sehnsüchten, Hoffnungen und Überzeugungen aller Menschen einig. Sie wollen sinnvoll und würdig leben und überleben: in Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit.

Damit ist die dringendste Notwendigkeit nach einer weltweiten, allein rettenden Solidarität ausgesprochen. Die allen gemeinsame Menschenwürde und die primitivste Sinngebung des Einzelnebens und der Geschichte lassen nichts anderes zu. Jedes geordnete und nutzbringende Zusammenleben muß durch die Anerkennung der Menschenwürde entgegen jeder rassistischen, religiösen, sozialen und politischen Diskriminierung bestimmt sein. Als Voraussetzung des Friedens müssen unwandelbare Wahrheiten und Normen, Gerechtigkeit, aktive Solidarität und Freiheit die Beziehungen der einzelnen Menschen, ihrer Gruppen, aber auch der einzelnen Staaten untereinander, bis zur universalen Völkergemeinschaft bestimmen. Deswegen stellt der Papst einen unverkürzten Katalog der Menschenrechte auf. Er scheut nicht zurück vor der konkreten Anwendung auf die sozialen und politischen Rechte.

Nur jene politischen Ordnungen können den Menschen in seinem Gewissen binden, die die volle Würde des Menschen achten. Für Johannes XXIII. gründen sie letztlich auf einer Anordnung Gottes als des Schöpfers und des Herrn der Geschichte. Er ist aber überzeugt, daß es eine universale Anerkennung und Einigung darüber unter allen Menschen von Einsicht und gutem Willen geben kann und geben muß. In diesem Sinne begrüßt er nicht nur vorbehaltlos die Menschenrechtscharta der JNO, er drängt auch auf den weiteren Ausbau und die ständige Aktivierung dieser Weltorganisation. Hier melden sich die Rechte aller Verfolgten und Unterdrückten, der politischen Flüchtlinge, der Vertriebenen, der völkischen und rassischen Minderheiten, der entwicklungsfähigen und der hilfebedürftigen Völker, der Hungernden in der ganzen Welt.

Es erscheint dem Oberhaupt der katholischen Kirche selbstverständlich, daß die Menschen noch größere Anstrengungen machen auf allen Gebieten der Produktion, zugleich der gesellschaftlichen Ordnung, etwa des gewerkschaftlichen Wirkens, der beruflichen Organisationen, der öffentlichen Fürsorge, der Förderung der Kultur, der Rechtspflege, des Sports, des Gesundheitswesens.

Über alles Besondere und damit auch Trennende im Glaube und Weltanschauung hinaus verpflichtet er die Katholiken und Christen zur intensivsten Zusammenarbeit mit allen. Überzeugte Festigkeit in der eigenen Weltanschauung ist dabei kein Hindernis. Der Papst tut einen entscheidenden Schritt, wenn er ausführt, daß selbst philosophische Systeme und Weltanschauungen, die über Letzte Fragen des menschlichen Lebens andere Antworten geben als das Christentum, kein absolut ausschliessendes Hindernis jener koexistierenden Zusammenarbeit bleiben müssen, die zur Rettung der Menschheit heute notwendig ist. Vorbedingung dafür bleibt eine wirkliche Hinwendung zur Menschenwürde und zu den Menschenrechten.

Hier liegt über allen noch so eindrucksvollen tagespolitischen Ereignissen und Aktionen die Letzte Voraussetzung für ein neues Klima des Vertrauens, für den Abbau eines selbstmörderischen Mißtrauens und - in der Konsequenz - für die Ächtung der atomaren Massenvernichtungsmittel, für eine allseitige, kontrollierte und weltweite Abrüstung.

Der Papst sagt ganz nüchtern: wir stehen an einem Wendepunkt, an dem es so wie bisher nicht weitergehen kann. Er vertraut auf die Einsicht, den guten Willen der Menschheit. Er ruft die Politiker auf, ihre Völker und die gesamte Völkerfamilie nicht tödlich zu enttäuschen. Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit müssen siegen.

"Westdeutschlands Tage Erländer"

Ollenhauer und Wehner in Skandinavien

sp - "Westdeutschlands Tage Erländer" nannte die größte schwedische Tageszeitung "Dagens Nyheter" in Stockholm. Erich Ollenhauer in einem groß aufgemachten Bericht über dessen Pressekonferenz vom 6. April 1963. "Seine breite, unternetzte Gestalt verbreitet Ichsgleichheit und erweckt Vertrauen. Zwischen dichten Rauchwolken seiner Zigarre beantwortet er Fragen präzise und geradewegs."

Erich Ollenhauers und Herbert Wehners kurze Besuche in Kopenhagen und Stockholm am vergangenen Wochenende haben ein starkes Echo insbesondere in der großen Presse dieser skandinavischen Hauptstädte gehabt. "Dagens Nyheter" (liberal), "Svenska Dagbladet" (konservativ) und "Stockholms-Tidningen" (der Sozialdemokratie nahestehend), alle drei in Stockholm erscheinend und im ganzen Lande gelesen, brachten in ihren Sonntagsausgaben große Bilder und dicke Balkenüberschriften auf den Frontseiten sowie ausführliche Berichte im Zeitungsinnenen.

Herausgestellt wurde Ollenhauers Versicherung, die SPD freue sich über den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, widersetze sich aber jeder Sonderblockbildung in Westeuropa und werde alles tun, um allen Staaten den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu ermöglichen, die ihn in der einen oder anderen Form vollziehen wollen.

Gerade die Zeitung der konservativen Rechten ("Högern"), "Svenska Dagbladet", unterstrich sehr deutlich, daß die zwei deutschen Sozialdemokraten die im starken Aufstieg befindliche Partei der Bundesrepublik Deutschland vertreten. Und es war auch das konservative Blatt, das seinen Bericht mit Erich Ollenhauers Versicherung dick überschrieb, man werde nicht wegen einiger möglicher Vorteile für Westberlin um die Oder-Neisse-Linie einen Kuhhandel treiben.

Auch den Besprechungen der beiden deutschen sozialdemokratischen Politiker mit Mitgliedern der skandinavischen Regierungen wird in der Presse aller politischen Richtungen große Aufmerksamkeit gewidmet. Für die skandinavische Öffentlichkeit scheint festzustehen, daß die deutsche Sozialdemokratie bald maßgebend die Geschicke der Bundesrepublik lenken wird.

Disziplinarverfahren nur gegen Saevecke?

Verfahren gegen Mitwisser und Auftraggeber von heute notwendig !

Von Senator Dr. Adolf Arndt, MdB, Berlin

Auf die Nachricht, daß erwogen werde, gegen den im Bundeskriminalamt tätigen Kriminalrat Saevecke ein Disziplinarverfahren einzuleiten, muß man befremdet mit der Frage antworten: **Nur ?** Warum **nur** gegen Saevecke allein? Es besteht weniger Grund, sich darüber zu verwundern, daß jemand wie Saevecke sich wieder in den öffentlichen Dienst drängte, als sich deshalb zu entrüsten, daß es in Deutschland verantwortliche Stellen gab, welche die Stirn hatten, einen Pg von 1928 (!) und ehemaligen Funktionär des Reichssicherheitshauptamtes in den höheren Dienst des Bundes zu berufen und mit verantwortungsvollen Aufgaben zu betrauen. Das Reichssicherheitshauptamt war ebenso wie der sogenannte Volksgerichtshof eine Mörderzentrale.

- * Wer wußte, daß Saevecke jahrelang in keines-
- * wegs nur untergeordneter Stelle zum Reichs-
- * sicherheitshauptamt gehörte, trotzdem aber
- * ihn zum Kriminalrat berief und mit der Unter-
- * suchung von Hoch- und Landesverratsangelegen-
- * heiten beauftragte, der hat das Wohl der Bun-
- * desrepublik Deutschland empfindlich geschädigt
- * und seine Dienstpflichten verletzt.

Mit **dieser** Richtung ist zuallererst eine unverzügliche Untersuchung notwendig.

Am 23. März 1963 habe ich an alle, die durch das braune Unrecht aus Deutschland vertrieben wurden und sich noch fern von ihrer Heimat aufhalten, die Bitte um Versöhnung und Heimkehr gerichtet. Ich bekam manche Zuschrift des Glücks und der Dankbarkeit. Aber ich erhielt auch aus aller Welt Briefe, die das Grauen offenbaren, in Deutschland noch immer nicht vor denen sicher zu sein, die im Reichssicherheitshauptamt oder im sogenannten Volksgerichtshof verbrecherisch wirkten.

Wann endlich werden alle Ämter ihre Pflicht begreifen, daß sie nicht dazu da sind, Kritik zu verfolgen, sondern erst einmal bei sich selber Ordnung zu machen?

Tadel für die AdK

diesmal von der CSU

H.B. - So stand es, Wort für Wort, in diesen Tagen in der Münchener Süddeutschen Zeitung zu lesen: "Die CSU hat die 'Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise' (AdK), deren Vorsitzender der CSU-Landtagsabgeordnete und Landrat Franz Sackmann ist, wegen einer Vortragsveranstaltung über "Energiefragen der Zukunft aus europäischer Sicht' getadelt. Redner auf den Veranstaltungen, die die AdK in Regensburg, Nürnberg und München gemeinsam mit der Gesellschaft für Wehrkunde durchführte, war der Engländer Dr. Schumacher. Die CSU-Correspondenz stellte fest, Thematik und Tendenz der Vorträge seien mit der bayerischen Energiepolitik 'kaum in Einklang zu bringen'. Es habe sich um eine 'Werbeaktion für die Kohlewirtschaft' gehandelt. Die AdK würde der bayerischen Wirtschaft und den Verbrauchern einen besseren Dienst erweisen, wenn sie nicht e i n s e i t i g für die Kohle Stimmung machen würde, sondern das Verständnis für die Bestrebungen der bayerischen Wirtschaftspolitik wecken wollte."

Die Lektion, die ausgerechnet die CSU der sogenannten "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" in Sachen Einseitigkeit erteilt, muß in sozialdemokratischen Ohren geradezu wie Musik ankommen, denn wer wäre nicht bekannt, wie oft die SPD in den letzten zehn Jahren Anlaß hatte, die Einseitigkeit jener Arbeitsgemeinschaft zu beklagen.

Die scheinbar überparteilichen Veranstaltungen der "demokratischen Kreise" galten und gelten seit Jahren als christdemokratisch und die Redner, die die AdK an konfessionelle Organisationen namentlich im Vorfeld von Wahlen vermittelt, dachten nie im Traume daran, den Unterschied zwischen Demokraten und Christdemokraten freimütig zu erkennen zu geben.

Jetzt sind die Männer um den AdK-"Präsidenten" Jahn einmal von der eigenen Fakultät der Einseitigkeit geziehen worden. Was natürlich angesichts des Themas nicht sonderlich viel besagen will. Möglicherweise könnte der Angriff der CSU-Correspondenz aber doch Anlaß sein, die "Arbeitsgemeinschaft" wieder einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. Auch für den Koalitionspartner FDP böte sich hier im eigenen Interesse eine gute Chance ...

Völkerwanderung in der Bundesrepublik

Eine aufschlußreiche Untersuchung der GEWOBAG

H.M. - In der Besiedelungsstruktur der Bundesrepublik haben sich im letzten Jahrzehnt Wandlungen vollzogen, deren Folgen auf Jahre hinaus die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen von Gesetzgeber und Verwaltung beeinflussen werden. Der Binnenwanderung muß fast stärkere Beachtung gewidmet werden als dem globalen Bevölkerungszuwachs, der im Mittelpunkt der sozialökonomischen Planungen steht. Denn: die Verschiebungen im regionalen Bevölkerungsstand sind erheblich stärker als die im gesamten Bundesdurchschnitt sich ergebenden Schwankungsbreiten der Einwohner-Messzahlen. Während diese sich im Rahmen normaler Größenordnungen bewegen, überschreiten die Wanderungsgewinne und -verluste in einzelnen Bundesgebieten innerhalb eines Jahrzehnts die 40-Prozent-Grenze.

Es fehlt an amtlichen Untersuchungen zur Erforschung dieser Vorgänge. Was derzeit in dieser Hinsicht an brauchbaren Ergebnissen zur Verfügung steht, ist lediglich eine auf die Initiative der GEWOBAG - Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsbaugesellschaft mbH - zurückgehende Bilanzierung der Bevölkerungsentwicklung für den Regionalbereich ihrer Geschäftstätigkeit. Sie begründete diese Untersuchung mit der Notwendigkeit, sich mit ihrem eigenen Wohnungsbauprogramm in Bezug auf die Standortbestimmung auf mehrere Jahre im voraus festlegen zu müssen. Das ist gewiss ein guter Grund. Aber auch für andere wirtschafts- und sozialpolitische Zwecke ist die Auswertung einer solchen Untersuchung über binnenländische Wanderungsbewegungen von höchstem Nutzen.

Wenn beispielsweise verschiedene Land- und Stadtkreise Hessens Abwanderungsverluste von mehr als 15 Prozent zu verzeichnen haben, und ihnen in anderen Kreisen Bevölkerungsgewinne von über 30 Prozent gegenüberstehen, dann verdient diese Entwicklung eine sorgfältige Analyse ihrer Ursachen, die durch fundierte Schätzungen der weiteren Umschichtungen ergänzt werden müssen. Denn schließlich entspricht es keiner "normalen Bevölkerungsentwicklung", daß innerhalb von zehn Jahren die regionalen Wachstumsquoten bis zu 80 Prozent voneinander abweichen.

Doch die verdienstvolle Untersuchung der GEWOBAG deutet auf eine solche Disproportionalität der Veränderungen im binnenländischen Bevölkerungsstand. Fast berechtigen die vorgelegten Zahlen, von einer zweiten deutschen Völkerwanderung zu sprechen. Die Behörden sollten hieraus den Schluß ziehen: es ist an der Zeit, auch für das gesamte Bundesgebiet diesbezügliche Erhebungen anzustellen, ihre Resultate sorgfältig zu analysieren und sie zukünftigen Wirtschafts- und Sozialplanungen zugrunde zu legen.

Moskaus neuartiges Interesse für Westberlin

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Wer sich im Anfangsstadium der neuen amerikanisch-sowjetischen Berlin-Gespräche die Frage stellt, welche taktische Haltung die Sowjets zur Zeit gegenüber Westberlin einnehmen, der findet eine Antwort in den Ereignissen der letzten Tage. Es ist offensichtlich, daß die neuen sowjetischen Aktionen in den Luftkorridoren auf einen neuen Versuch hinauslaufen, die Rechte der Westmächte hinsichtlich des Zuganges nach Westberlin in Frage zu stellen, zumindest aber wesentlich einzuschränken.

Die erst in der letzten Woche unternommene Aktion sowjetischer Düsenjäger gegen ein britisches Privatflugzeug, die mit dem Versuch, die Maschine zum Landen in der Zone zu zwingen, bis an den Rand des erträglichen ging, war nur eine drastische Fortsetzung der in den letzten Wochen laufend in der Berliner Luftsicherheitszentrale wiederholten sowjetischen Proteste gegen Flüge von US-Flugzeugen in den Luftkorridoren, die nicht ausschließlich der Versorgung der westlichen Garnisonen in Berlin dienen.

Wenn auch Moskau mit der Zurücknahme seines letzten Einspruches gegen einen Rückflug der britischen Privatmaschine einen Pflock zurückgesteckt hat, so hat es andererseits durch Luftmanöver über Berlin, die Luftverbindungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik erneut zu beeinträchtigen versucht. Im Gegensatz zu der bisherigen Praxis stießen die sowjetischen Militärmaschinen bei ihren Manövern bis hart an die 3.000-Meter-Grenze über Berlin herab, so daß der für den alliierten Luftverkehr reservierte Luftraum über Westberlin tangiert erscheinen mußte.

Neuer Versuch Pankows

Einen neuen Versuch Pankows, die Rechte der Westmächte in Berlin einzuschränken, hat Moskau freilich bisher seine Unterstützung versagt. Es handelt sich um die von der "Außenpolitischen Korrespondenz" in Ostberlin in den ersten Apriltagen erhobene Forderung, die Westmächte sollten endlich durch Abschluß eines Abkommens über den Transitverkehr nach Berlin die "Kontrollrechte der DDR" anerkennen. Ihre Verwirklichung würde die originären Rechte der Westmächte in Berlin in Frage stellen. Gerade mit diesen Rechten ist die unkontrollierte Bewegungsfreiheit der Westmächte in den Luftkorridoren verbunden. Einer Vereinbarung über den Transitverkehr müßten in der Praxis sowjetzonale Kontrollen aller Militärtransporte der Alliierten nach Westberlin folgen.

Wenn die sowjetische Presse und der Rundfunk in Moskau diese neuen Forderungen der "Außenpolitischen Korrespondenz", die dem Pankower Außenministerium

nahesteht, nicht aufgegriffen haben, so zeigt sich hier ohne Zweifel eine gewisse reservierte Haltung Moskaus, die nicht zuletzt der Rücksichtnahme auf die eben erst angelaufenen Besprechungen zwischen den USA und der UdSSR über die Berlin-Frage zuzuschreiben ist. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die Sowjets nicht mehr gewillt sind, die Situation in Berlin nur durch die Ostberliner Brille zu betrachten. So hat die Sowjetbotschaft in Ostberlin Weisung erhalten, künftig direkte Informationen über Westberlin einzuziehen.

Das Mißtrauen der Sowjets gegenüber einer zu einseitigen Beurteilung der Situation in Westberlin durch die SED in Ostberlin ist keineswegs neu. Nach der Errichtung der Schandmauer haben die Angehörigen der Ostberliner Sowjetbotschaft nichts unversucht gelassen, durch eine Verstärkung der Kontakte, vor allem zu britischen und französischen Kreisen in Westberlin, sich ein echtes Bild über die Situation im westlichen Teil Berlins zu verschaffen, wobei freilich auch die Hoffnung mitsprach, die westalliierten Kreise in Berlin durch solche Kontakte im Sinne der Moskauer Politik zu beeinflussen.

Sowjetisches Mißtrauen

Hier zeigt sich ohne Zweifel ein starkes Mißtrauen der Sowjets gegenüber der Darstellung der Westberliner Lage durch die Ostberliner SED-Führung. So ist es nicht verwunderlich, daß Angehörige der Sowjetbotschaft in letzter Zeit direkte Kontakte zu Westberliner SED-Funktionärkreisen einleiteten, um durch sie Informationen über die Lage und die Haltung der Bevölkerung in Westberlin zu bekommen. Damit wiederholt sich ein Vorgang, der schon einmal im Jahre 1953 ein großes Mißvergnügen der SED-Führung in Ostberlin zur Folge hatte. Nach dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 sprach der sowjetische Hochkommissar Semjonow die bittere Anklage gegenüber Pankow aus: "Warum hat uns niemand gewarnt!" Die Einsetzung besonderer Untersuchungskommissionen in Moskau, die die wahren Ursachen des Volksaufstandes in der Zone aufdecken sollten, war schon damals ein Zeichen für das Mißtrauen, das in Moskau gegenüber der Pankower Berichterstattung bestand.

Wenn jetzt Moskau neue Informationsquellen direkt in Westberlin sucht, so beweist das - wenn nicht alle Anzeichen trügen - ein Anwachsen des Mißtrauens der Sowjets gegenüber der Pankower Situationsanalyse.